

Die Gründung der KPD und ihre geschichtliche Bedeutung

Nr. 45 — Jahrgang 1918

Dienstag, 31. Dezember 1918

Preis 10 Pfg.

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Berlin, Götterstr. 114. Fernspr.: Amt
Berlin 5334 u. 3355. Expeditions: Berlin G 20 08, Friedrich-
straße 217. Fernspr.: Amt Köpenick 5725. Nachdruckverbot:
Mikrofilm 144, Schöneberg (am Hallesker Bahnhof).

Schriftleitung:

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementpreis für Ausland monatlich 1,50 M.
Ausland monatlich 3,00 M.
Einzelnenpreis: die Tagesblätter Sonderpreisstelle 25 Pf.
Wichtiges Anzeigen: Heberstraße 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.

Konstituierung der Kommunistischen Partei.

Die Ebert-Regierung für Krieg gegen Polen.

Breslau, 30. Dezember. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses für Schlesia, die Tag mit der Erklärung, um
Polenfrage kritisierte, ob der Volksbeauftragte Gumbelberg
während der Reichsregierung die Erklärung ab, daß die Regierung
nicht erwillt sei, vor irgendeiner Modifikation, die etwa nur dem
Friedensantrag, Meitel, hat zu Festschluß gebrä, inzwischen
genügt ist, zu kapitalisieren, so lange sie die Woch zum Wiederstand
haben. Die heutige Lage sei der Regierung heillo, deutliche Wand
lasse sie sich nicht absehen. Sie werde allen Übergriffen mit allen
Mitteln entgegenzutreten. Sein Volk habe, nachdem der Waf-
senstillstand geschlossen ist, das Recht, den Krieg fortzusetzen und
den Friedensvertrag zurückzuweisen.

Das Volksgesprärdium und die Befehle des „Vorwärts“.

Der Volksgesprärdium erhebt sich und die Verbreitung nachsehen-
der Reichstag:

Berlin, 30. Dezember 1918.

In einer Massen-Massendemonstrationen Demonstrationen
sammeln, die gegen (Sommer) auf dem Räumlich beauftra-
gen, hat der Reichstag der Internationalen Sozialdemokratie. Der
Graf Dellmann u. a. erhebt: „Eines der Volksgesprärdium auf
unserer Aufgabe, nur die Revolution des „Vorwärts“ gelümmt habe,
antwortete: wir haben den Vorwärts beipflichtet. In der hat er sich selbst
hoch Urteil gefaßt. Dort mit diesem Mann. Die revolutionä-
ren der Regierung, hat für die Solidarität der Berliner Volkst-
kung ein Mann nicht bei „den Parteien liegt“. Die unpopulä-

Der Berliner Soldatenrat.

Die neueste Phase der Revolution wird gekennzeichnet
durch einen tiefgreifenden Wandel, der in der Stellung der
Berliner Soldaten zu den revolutionären Ereignissen einge-
treten ist. Der Ausdruck vom 9. November war zunächst nur
eine mehr instinktmäßige Revolte gegen den Krieg, den Drill,
die Kaserne und den Sabotage... am. Mit dem Erscheinen
der Deputation der Garbeträger im Reichsanarch haben die
Soldaten zum erstenmal bewußt eigene revolutionäre For-
derungen artikuliert. Ihre Weigerung, sich an dem Weis-
nachdruck gegen die Matrosen zu beteiligen, hat das Ein-
greifen der Berliner Arbeiter ermöglicht und damit eine
Rückfrage der Revolution in Berlin verhindert.

Diese Wandlung ist ohne Zutun, ja über den Kopf des
Berliner Soldatenrats erfolgt. Dieser Soldatenrat hat sich in
den ersten Wochen nach der Revolution, wohl ohne Wissen
zweier Mitglieder, für alle möglichen gegenrevolutionä-
ren Zwecke mißbrauchen lassen. Er ist den Einflüssen der
jahrzehnte in Berlin lebenden militaristischen Kommandanten
und ihrer Helfer, der Reichsheimwehr, erlegen, die es sich aneignen
ließen, alle revolutionären Bestrebungen zu bekämpfen. Es waren
es die Berliner Soldatenräte, die die vom Volksgesprärdium
bereits angedeutete Bildung einer roten Garde

21 Regimenter nach Beitritt der noch fehlenden sich an Stelle
des bisher bestehenden Soldatenrates setzt, aber ob die Sol-
daten diejenigen der Delegierten, die mit den Ereignissen
nicht mitgegangen sind, durch andere ersetzen, oder ob irgend
ein anderer Weg eingeschlagen wird, ist gleichgültig, wenn nur
das Ziel erreicht wird: den Ost-Berliner Soldatenrat als
den zutreffenden Ausdruck der jetzt bei den Berliner Truppen
erreichten Höhe des revolutionären Bewußtseins erscheinen
zu lassen.

Wird dies durchgeführt, — und das ist durchgeführt wird,
liegt allein an der Loyalität der Truppen selbst. — so sind die
einzelnen Aufgaben, die sich aus der gegenwärtigen Lage er-
geben, leicht zu lösen.

Die wichtigste sofort zu erfüllende Forderung ist
Übertragung der ganzen Kommandoanwaltschaft für Groß-
Berlin auf den Soldatenrat. Der Reichsanarch freilich hat
dieses Verlangen der Soldatenrepublik nicht gemacht.
Statt der revolutionären Forderung waren Forderungen der Soldaten,
ihnen die volle Macht zu geben, hat er nur neue Aufgaben,
und damit neue Streitigkeiten geschaffen. Das warum sollte
der Berliner Soldatenrat für sich nicht das bewirken können,
was in anderen Städten schon längst erfolgt ist? Es heißt der
Reichsanarch nicht davon, auf Befehl des Reichsgesprärdium
die politische Macht und Kommandoanwaltschaft die
in seinen Händen hat, abzugeben. Die Revolution ist

Studienmaterial für das 2. Thema
im Bildungsjahr der DKP 1980/81

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

Weiterführende Literatur

Wolfgang Ruge, Novemberrevolution 1918 in Deutschland, 192 Seiten, Paperback, 4,- DM.

Heinz Wohlgemuth, Die Entstehung der KPD, 308 Seiten, 9,80 DM. Bericht über den Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund), 56 Seiten, faksimilierter Nachdruck, 2,- DM.

(Alle erschienen im Verlag Marxistische Blätter.)

Seminarfragen

1. Was führte zur Gründung der KPD?
 - Auf dem Hintergrund welcher Entwicklungen im Kapitalismus und in der Arbeiterbewegung kam es zur Gründung der KPD?
 - Hat die Gründung der KPD die deutsche Arbeiterbewegung gespalten?
 - Warum ist die Notwendigkeit einer Partei die wichtigste Lehre aus der Novemberrevolution?
2. Wie war die Haltung der jungen KPD und ihrer Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zur Oktoberrevolution?
 - Was ist zu der Behauptung zu sagen, Rosa Luxemburg habe in der Frage der Oktoberrevolution gegen Lenin gestanden?
 - Wie setzen wir uns mit dem Versuch auseinander, Rosa Luxemburg heute als Kronzeugin gegen den realen Sozialismus zu mißbrauchen?
3. Warum ist die Gründung der KPD ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung?

Die Gründung der KPD und ihre geschichtliche Bedeutung

Mitten im Feuer erbitterter Klassenschlachten, als die deutsche Novemberrevolution ihren schwersten Abschnitt durchlief, wurde am 30. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet. Insgesamt 127 Delegierte aus 56 Orten Deutschlands – kampferprobte Mitglieder des Spartakusbundes und der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) – zogen aus ihrem Kampf gegen den imperialistischen Krieg, aus den Erfahrungen der sieben Wochen, die seit dem Beginn der Novemberrevolution vergangen waren, aber auch aus dem Beispiel der siegreichen Oktoberrevolution in Rußland die Schlußfolgerung: Für das Weiterschreiten der Revolution, für den Sieg der Arbeiterklasse über Reaktion und Kapital ist es dringend erforderlich, sich von allen Spielarten des Opportunismus klar abzugrenzen, eine eigenständige revolutionäre Klassenpartei neu zu schaffen.

Die Gründung der KPD unter Führung so bedeutender, wegen ihres mutigen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg international geachteter Führer der deutschen Linken wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Wilhelm Pieck, Franz Mehring, Leo Jogiches, Ernst Meyer, Hermann und Käthe Duncker und anderer war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und unseres Volkes.

Nach dem Vordringen des Revisionismus und Opportunismus in der SPD in den Jahren nach der Jahrhundertwende, nach dem offenen Übergang ihrer wichtigsten Führer auf die Positionen imperialistischer Eroberungspolitik am Beginn des ersten Weltkrieges, nach ihrer Zusammenarbeit mit der Reaktion in den Tagen vor und während der Novemberrevolution, das heißt nach der Preisgabe aller Traditionen und Ziele der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung durch die SPD-Führung, erhielt die deutsche Arbeiterklasse mit der KPD wieder eine Partei, die den Marxismus als Richtschnur ihres Handelns betrachtete, die Führerin sein konnte im revolutionären Kampf um eine sozialistische Zukunft des deutschen Volkes.

1. Was führte zur Gründung der KPD, wer spaltete die Arbeiterbewegung?

Ende des 19. Jahrhunderts war der Marxismus zur anerkannten Theorie der internationalen Arbeiterbewegung geworden, bestimmte er die Programme der sozialdemokratischen Parteien. Um diese Zeit vollzog sich im Kapitalismus eine einschneidende Änderung. Es bildeten sich produktions- und marktbeherrschende Unternehmen, Monopole, heraus. Sie strebten im Innern nach weitgehender Unterwerfung aller gesellschaftlichen Bereiche unter ihre Herrschaft, nach außen aber drängten sie nach mehr Macht und Einfluß. Als reaktionär nach innen, aggressiv nach außen verschärfte das Monopolkapital alle Widersprüche so sehr, daß Kriege, schwere Klassenkämpfe, ja sogar Revolutionsprozesse immer wahrscheinlicher wurden. Angesichts dessen brauchte die Arbeiterklasse eine entschlossene, kampffähige Partei.

Einschneidende Änderung im Kapitalismus

Entstehung des Opportunismus

Es gab jedoch einige Probleme, die es erschwerten, diesen neuen Anforderungen des Klassenkampfes gerecht zu werden. Viele ehemalige Kleineigentümer wurden ruiniert, strömten ins Proletariat; brachten aber noch ihre Kleineigentümer-Ideologie mit. Die großen Monopole nutzten ihre Extraprofite aus, um unter den Arbeitern spalterisch zu wirken: Gewisse Teile (Meister, Vorarbeiter, manche Facharbeiter-Schichten) wurden ökonomisch etwas besser gestellt. Da gab es also ideologische und materielle Beweggründe, die sich der Einstellung der Partei auf den entschiedenen Kampf gegen die Kapitalmacht entgegenstellten. Es kamen weitere Faktoren hinzu: Die härter werdenden Klassenkämpfe erforderten starke, zentral organisierte Gewerkschaften. Damit verbunden war die rasche Entwicklung eines Gewerkschaftsapparates. Nicht wenige seiner Mitglieder sahen im politischen Kampf nur ein Hindernis für das Aushandeln von Verträgen mit den Unternehmern. Angesichts der wachsenden Kraft der Arbeiterbewegung einerseits und der Möglichkeiten, die sich aus dem Extraprofit ergaben, wurden für Teile der Arbeiterklasse auch soziale Verbesserungen im gewerkschaftlichen Kampf erreicht, was reformistische Denk- und Verhaltensweisen förderte. Im Ergebnis dieser widerspruchsvollen Entwicklung kam es zur Herausbildung einer gegen die marxistischen Grundlagen der Partei gerichteten Strömung. Es entstanden Opportunismus, Reformismus und Revisionismus.

Gegen diese Verfälschung des Marxismus, gegen den Reformismus bildete sich die Strömung der Linken der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. In Deutschland gehörten zu ihr z. B. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Zentrismus

In Rußland, wo damals gerade die SDAPR entstand, gelang es den revolutionären Marxisten unter Führung Lenins, die Feinde des Marxismus aus der Partei zu entfernen. Während sich die Opportunisten als Partei der Menschewiki formierten, bildeten die Marxisten die Partei der Bolschewiki. In Deutschland und anderen Ländern jedoch wurde zwar der Revisionismus in vielen Parteitagbeschlüssen verurteilt, im Namen der „Einheit der Partei“ jedoch die organisatorische Abgrenzung nicht vollzogen. So konnten die Rechten ungehindert bürgerliche Ideologie in die Arbeiterpartei hineinbringen. Daß dies so war, ist in entscheidendem Maße einer dritten Strömung zuzuschreiben. Im Verlauf der Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken entstand als dritte Strömung in der Sozialdemokratie der Zentrismus. Seine Führer wie Karl Kautsky verteidigten den Marxismus gegen die Revisionisten. Aber sie vermochten nicht, ihn schöpferisch auf die neuen Kampfbedingungen anzuwenden, die mit der Herausbildung der Monopole, der wachsenden Kriegsgefahr, mit dem Heranreifen der objektiven Bedingungen für den Sieg der sozialistischen Revolution verbunden waren. Sie erkannten nicht die Notwendigkeit, die Arbeiterbewegung auf den unmittelbaren Kampf zum Sturz der Macht des Kapitals vorzubereiten, höhere Formen des Klassenkampfes und der Klassenorganisationen zu entwickeln, als in der relativ friedlichen Periode des ausgehenden 19. Jahrhunderts notwendig gewesen war. Statt dessen setzten sie darauf, in Wahlen immer mehr Wähler zu gewinnen, den Kapitalismus schließlich durch die „Ermattungsstrategie“ zum Zusammenbruch zu bringen. Auch das war unmarxistisch, denn Marx war nie von einem Zusammenbruch des Kapitalismus ausgegangen. In der Praxis behinderten die Zentristen so die notwendige Auseinandersetzung mit den Rechten. Das lief darauf hinaus, eine zweite, nur schwerer durch-

schaubare Richtung des Opportunismus in der Arbeiterbewegung zu bilden.

Ein Zentralpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Linken war vor allem die wachsende Kriegsgefahr, die ihre Ursachen im Kampf der imperialistischen Großmächte um eine Neuverteilung der Welt hatte. Der antimilitaristische Kampf bekam erhöhte Bedeutung. Für seine Entwicklung setzten sich besonders Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ein. Karl Liebknecht war es auch, der die Herausbildung einer eigenständigen antimilitaristischen Arbeiterjugendbewegung förderte und zu ihrem bedeutendsten Sprecher wurde. Schon 1907 wurde er deshalb zu Festungshaft verurteilt. Die Rechten fürchteten den antimilitaristischen Kampf und die Arbeiterjugendbewegung als neue harte Konfliktpunkte mit der Staatsmacht. In der Zeit vor dem ersten Weltkrieg endeten die großen Debatten über den Antimilitarismus und die Jugendbewegung in der Regel mit halbherzigen Beschlüssen im Sinne des Zentrismus. Diese Lösungen vertuschten die bereits vorhandene tiefe Spaltung der Arbeiterbewegung.

Die II. Internationale hatte auf ihrem Stuttgarter Kongreß 1907 die Notwendigkeit des Kampfes gegen Wettrüsten und Militarismus für alle sozialdemokratischen Parteien unterstrichen. Sie hatte auch die Aufgaben der Sozialdemokratie im Falle eines Krieges klar umrissen. In Stuttgart wurde beschlossen: „...Alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern,“ und „falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte ... für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen“.

Bei Ausbruch des Krieges handelte die Führung der deutschen Sozialdemokratie – ebenso wie die Mehrheit der Sozialdemokratie anderer Länder – genau entgegengesetzt zu diesen internationalen Beschlüssen. Die deutschen Gewerkschaften schlossen bereits am zweiten Kriegstag das Burgfrieden-Abkommen mit den Unternehmern. Das Hinterland sollte für den Zeitraum des Krieges ruhig bleiben. Die Reichstagsfraktion der SPD beschloß am 3. August gegen 15 Stimmen, am nächsten Tag für die geforderten Kriegskredite zu stimmen. Die Gegner der Kriegskredite, darunter Karl Liebknecht und eine Reihe Führer der zentralistischen Gruppe um Hugo Haase und Gustav Ledebour, wurden nicht nur verpflichtet, sich der Fraktionsdisziplin unterzuordnen, sondern Hugo Haase mußte auch noch als Sprecher der Fraktion das Ja zu den Kriegskrediten begründen.

Bis unmittelbar vor Kriegsbeginn hatten Antikriegskundgebungen der Arbeiterbewegung mit Massenbeteiligung stattgefunden. Das Verhalten der SPD-Führer machte den Widerstand gegen den Krieg führungslos, ermöglichte der Reaktion, ihren nationalistischen Massentaumel auch in die Arbeiterklasse zu tragen.

Noch am Abend des 4. August 1914 trafen sich in der Wohnung Rosa Luxemburgs Hermann Duncker, Hugo Eberlein, Julian Marchlewski, Franz Mehring, Ernst Meyer und Wilhelm Pieck. Sie berieten angesichts des Verrats der Fraktion die Aufgaben der revolutionären So-

Zentralpunkt der Auseinandersetzung: die wachsende Kriegsgefahr

Die II. Internationale

Der Verrat der rechten SPD-Führung

Die Entstehung der Spartakusgruppe

zialdemokraten. Karl Liebknecht schloß sich diesem Kreis an, der zum leitenden Zentrum der Linken wurde. Aus diesem Kreis entstand die Gruppe Internationale – genannt nach der Zeitschrift „Die Internationale“, die während des Krieges nur einmal erscheinen konnte und später das theoretische Organ der KPD wurde. Die Gruppe Internationale wurde später nach den „Spartakus-Briefen“ allgemein Spartakusgruppe genannt. Diese Spartakus-Briefe, zum Teil von Rosa Luxemburg im Gefängnis geschrieben, erforderten für den Vertrieb einen eigenen Apparat, der unter den schweren Bedingungen des Krieges und der Verfolgung geschaffen werden mußte. Neben der Spartakusgruppe entstanden regional auch andere linke Gruppen, die später zur Gründung der KPD beitrugen und ihre eigenen Zeitschriften besaßen. (Zum Beispiel: die Bremer Linksradikalen um die „Arbeiterpolitik“.) Die Spartakusgruppe trennte sich jedoch organisatorisch nicht von der SPD, um den Kontakt zu den Massen der Parteimitglieder aufrechtzuerhalten.

Die Arbeit der Linken wurde durch Einberufungen zur Armee – so wurde z. B. Karl Liebknecht 1915 eingezogen, obwohl sein Jahrgang noch nicht mobil gemacht war – und durch Verhaftungen behindert. Rosa Luxemburg mußte eine 1913 verhängte Haftstrafe antreten, wurde später ohne Urteil inhaftiert. Dennoch wuchs ihr Einfluß, besonders unter der Jugend. Ostern 1916 trafen sich Delegierte der Arbeiterjugend mit Karl Liebknecht zu einer illegalen Beratung. Einen Höhepunkt des Kampfes gegen den Krieg bildete der 1. Mai 1916 mit dem Auftreten Karl Liebknechts auf einer Antikriegskundgebung auf dem Potsdamer Platz in Berlin. Er wurde verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Doch dieses Terrorurteil brachte die Antikriegsbewegung nicht zum Schweigen, es wurde zum Ausgangspunkt erster Streikaktionen gegen den Krieg.

Der Kampf der Spartakusgruppe gegen den Krieg

Karl Liebknecht war schon vorher aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossen worden, die ihm die Möglichkeit nehmen wollte, mit dem bescheidenen Mittel „kleiner Anfragen“ als einzelner Abgeordneter gegen den Krieg im Reichstag aufzutreten. Als im Zuge zunehmender Antikriegsstimmungen 1916 immer mehr SPD-Abgeordnete die Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigerten, wurden sie ebenfalls aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen. Diese Abgeordneten bekannten sich jedoch weiter zur SPD, bis sie schließlich im Januar 1917 dann auch aus der Partei ausgeschlossen wurden. Als die SPD-Führung auch noch dazu überging, den „Vorwärts“ und andere Zeitungsredaktionen von Kriegsgegnern zu säubern, gab es einen immer massiveren Widerstand. Schließlich entwickelte sich infolge der Ausschlußpolitik der SPD-Führung im Sommer 1917 die USPD, zu der sich ganze Parteiorganisationen um die ausgeschlossenen Abgeordneten, aber auch viele einzelne Mitglieder anderer Wahlkreise zusammenschlossen. Der USPD schloß sich auch die Spartakusgruppe an.

Die Entstehung der USPD

Die nun entstandene USPD war eine Partei voller Widersprüche. An ihrer Spitze standen jene Zentristen, die 1914 geschwiegen hatten, sich jetzt zwar zu den früheren Beschlüssen der Internationale bekannten, jedoch die Änderung ihres Abstimmungsverhaltens nur damit begründeten, der Kriegsverlauf habe die Bedrohung der deutschen Grenzen durch den Zarismus beseitigt. Ihre Opposition gegen den Krieg blieb parlamentarisch begrenzt.

Andererseits fanden zur USPD viele revolutionäre Arbeiter, die in ihr die Kraft sahen, die Politik der „Vaterlandsverteidiger“ zu bekämpfen, für eine revolutionäre Beendigung des Krieges zu wirken. Unter dem Einfluß der russischen Februarrevolution von 1917 wuchsen diese Kräfte auch in der deutschen Arbeiterbewegung rasch an. Im Sommer 1917 kam es zu Unruhen in der deutschen Hochseeflotte. Die Matrosensprecher suchten Hilfe bei der USPD, wollten mit ihrer Bewegung den Kampf um den Frieden vorantreiben. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution streikten im Januar 1918 Hunderttausende Munitionsarbeiter in Deutschland. Revolutionäre Arbeiter bildeten Kampfleitungen, revolutionäre Obleute genannt, die meist der USPD angehörten und in der Novemberrevolution eine große Rolle spielen sollten. Doch während so in der USPD, in der Spartakusgruppe und anderen linken Gruppen die Massenaktivität zur Beendigung des Krieges zunahm und neue Kampfformen hervorgebracht wurden, standen die Führer auch der USPD dieser Bewegung hilflos gegenüber, enttäuschten sie die Erwartungen, erwiesen sie sich als unfähig zur Führung.

1. Unverzügliche Freilassung aller derer, die für die Sache des Proletariats in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft, schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Verbrechen verurteilt sind; Entlassung aller Soldaten, die aus politischen Gründen eingezogen sind oder im Heer zurückgehalten werden; Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen über Soldaten verhängt wurden.

2. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.

3. Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

Darüber hinaus hat das Proletariat zu fordern:

1. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung.

2. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.

3. Enteignung des gesamten Groß- und Mittelgrundbesitzes, Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.

4. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens, nämlich:

a) Verleihung des Vereins- und Versammlungsrechtes an die Soldaten in dienstlichen und außerdienstlichen Angelegenheiten.

b) Aufhebung des Disziplinarstrafrechtes der Vorgesetzten; die Disziplin wird durch Soldatendelegierte aufrechterhalten.

c) Aufhebung der Kriegsgerichte.

d) Entfernung von Vorgesetzten auf Mehrheitsbeschluß der ihnen Untergebenen hin.

5. Abschaffung der Todes- und Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.

6. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.

7. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Proletarier, die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch nicht die Erreichung eures Zieles, sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorflunkern, echt ist. Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel; er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.

Aus: Aufruf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe vom 7. Oktober 1918

Als sich im Oktober 1918 alle Widersprüche im Ergebnis der sich abzeichnenden Kriegsniederlage des deutschen Imperialismus verschärfen und so eine revolutionäre Situation entstand, da war es die Spartakusgruppe, die auf einer Reichskonferenz am 7. Oktober 1918 das Programm der Volksrevolution veröffentlichte:

- Sofortige Beendigung des Krieges
- Erlangung demokratischer Rechte
- Sturz des Imperialismus.

Als Sofortprogramm forderte die Spartakusgruppe die Er kämpfung demokratischer Rechte – gegen das bestehende Kriegsrecht –, die Entlassung aller politischen Gefangenen, Enteignung der Banken, Bergwerke und Hütten, des Großgrundbesitzes und des mittleren Großgrundbesitzes, Annullierung der Kriegsanleihen, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Festsetzung eines Mindestlohnes und anderes mehr. Die Spartakusgruppe forderte als Endziel der Revolution die sozialistische Republik und ihre solidarische Verbindung mit Sowjetrußland.

Dieses Programm der Spartakusgruppe war ein richtungweisendes Dokument für die bevorstehende Revolution. Die Spartakusgruppe orientierte auf die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland als Kampforgane der Arbeiterklasse.

Unter dem Druck der Volksbewegung mußten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Oktober 1918 aus dem Zuchthaus bzw. Gefängnis entlassen werden und konnten an die Spitze der Spartakusgruppe treten. Erst bei Beginn der Revolution bildete sich aus der Spartakusgruppe der Spartakusbund, mit eigenständiger politischer Programmatik und festen organisatorischen Verbindungen. Doch auch jetzt blieb der Spartakusbund als selbständige Gruppe Mitglied der USPD, obwohl sich erneut grundlegende Unterschiede im Ringen um die Weiterführung der Revolution zeigten. So traten drei USPD-Führer zusammen mit drei SPD-Führern in den Rat der Volksbeauftragten ein und halfen so mit, die rechten SPD-Führer, die bis zur letzten Stunde dem Kaiser treu gedient hatten, nun als Repräsentanten der Revolution anzuerkennen; während Karl Liebknecht es ablehnte, dieser Regierung beizutreten.

Mit diesem Manöver und der jetzt erneut vorgetragenen Losung der notwendigen Arbeitereinheit konnte die rechte SPD-Führung die Massen verwirren und Zeit gewinnen, um reaktionäre Kräfte für die Niederschlagung der Revolution heranzuziehen. Erst als in Berlin die alten Garderegimenter des Kaisers begannen, revolutionäre Soldaten und Arbeiter zusammenzuschießen, traten Ende Dezember 1918 die USPD-Volksbeauftragten zurück, um rechten Sozialdemokraten, wie Noske, ihre Plätze zu überlassen.

Gerade die Erfahrungen der Revolutionswochen zeigten, wie sehr den Linken eine festgefügte revolutionäre Klassenpartei fehlte. In der Zentrale des Spartakusbundes gab es zunächst noch die Meinung, so lange wie möglich in der USPD zu bleiben, um zunächst die Mehrheit der Arbeiter zu gewinnen und unter Einbeziehung dieser Mehrheit dann auf einem Parteitag die Trennung zu vollziehen.

Ende 1918 erkannten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und die überwiegende Mehrheit der Spartakus-Zentrale, daß nur durch die

baldige Gründung einer eigenständigen revolutionären Partei, durch klare Abgrenzung von der zwiespältigen USPD der Prozeß der Klärung und Sammlung der wirklich revolutionären Arbeiter beschleunigt werden würde. Die zum 29. Dezember 1918 nach Berlin einberufene Reichskonferenz des Spartakusbundes beschloß gegen nur drei Stimmen die Gründung der Partei und die Fortsetzung der Konferenz am 30. Dezember 1918 als Gründungsparteitag. Entsprechend der großen Bedeutung des Spartakusbundes bei der Gründung der KPD erhielt diese den Namen Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Während des Parteitags bemühten sich Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck, die revolutionären Obleute Berlins für den Beitritt zu gewinnen. Doch diese waren noch nicht überzeugt. So dauerte es noch Jahre voll schwerer Erfahrungen des Kampfes gegen die Konterrevolution, bevor sich die revolutionären Teile der USPD Ende 1920 mit der KPD vereinigten.

Die Reaktion in Deutschland erkannte die große Gefahr für ihre Herrschaft, die mit der Gründung der KPD entstanden war. Mit aktiver Hilfe der SPD-Führung konnte sie ihre reaktionärsten Militärverbände in Berlin konzentrieren, den bewaffneten Kampf mit den Arbeitern provozieren, eine zügellose Mordhetze gegen die Führer und Mitglieder der jungen KPD entfalten. Schon am 15. Januar 1919 fielen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den Mordkommandos der Gardékavallerieschützendivision zum Opfer. Leo Jogiches und Eugen Leviné und andere führende Persönlichkeiten der KPD wurden im März bzw. im Mai 1919 zusammen mit Hunderten revolutionärer Arbeiter ermordet. Diese Blutgrenze in der Arbeiterbewegung, von den rechten SPD-Führern verantwortet, bestimmte und belastete das Verhältnis zwischen den Arbeiterorganisationen in allen Phasen der Weimarer Republik.

2. Wie war die Haltung der jungen KPD und ihrer Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zur Oktoberrevolution?

Der deutsche Imperialismus, der den ersten Weltkrieg herbeigeführt hatte, befand sich im Herbst 1917 in einer tiefen Krise. Nach über drei Jahren Völkermordens waren im Herbst 1917 in großen Teilen der deutschen Arbeiterklasse und in anderen Schichten Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach Frieden stark gewachsen. Die revolutionären Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung, an deren Spitze die deutschen Linken standen, rangen darum, den imperialistischen Krieg auf revolutionäre Weise zu beenden, das kaiserliche Regime zu stürzen und in Deutschland Frieden, Demokratie und Sozialismus zu erkämpfen. Unter diesen Umständen übte die Oktoberrevolution von Anfang an tiefgehenden Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung aus.

Der Sieg der Oktoberrevolution führte zu tiefen Veränderungen in der politischen und ideologischen Situation der internationalen revolutionären

Die Gründung der KPD

Der Terror gegen die KPD

Die Bedeutung der Oktoberrevolution

nären Arbeiterbewegung. Der Sozialismus war jetzt nicht mehr nur Theorie, nicht nur das erklärte Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung, sondern gesellschaftliche Realität. Die Haltung zur realen Arbeitermacht im Sowjetland und ihrer theoretischen und politischen Grundlage, dem Werke Lenins, wurde zum untrüglichen Prüfstein für tatsächlich revolutionäres Verhalten, für wirkliche Treue zur Sache der Arbeiterklasse, zur sozialistischen Revolution, zum proletarischen Internationalismus.

Schon die russische Februarrevolution von 1917 hatte einen starken Widerhall in der deutschen Arbeiterbewegung gefunden und die Friedensbestrebungen außerordentlich belebt. In der russischen Februarrevolution sahen viele Arbeiter – zu Hause und an der Front – das sichere Versprechen auf den baldigen Frieden. Unter den aktiven Kräften der Arbeiterbewegung wurden auch tiefergehende Gedanken ausgelöst. Die russische Revolution bewies, daß der Krieg keineswegs alle Auseinandersetzungen der Klassen getilgt, die inneren sozialen Interessengegensätze und Kämpfe nicht zum Verschwinden gebracht hatte. Viele fragten sich: Sollte der Krieg vielleicht doch nur durch die Revolution zu beenden sein, wie es Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg seit dem August 1914 auch in Deutschland verkündet hatten?

Die Haltung der SPD-Führung zur russischen Revolution

Die offizielle Führung der SPD begrüßte zunächst die russische Februarrevolution, weil sie davon den militärischen Zusammenbruch Rußlands und die Möglichkeit erhoffte, alle Kräfte gegen die Westmächte konzentrieren zu können. Das war also keine proletarische, sondern eine prokapitalistische Haltung. Gleichzeitig ließ namens der SPD-Fraktion Noske im Reichstag keinen Spalt für „Mißverständnisse“. Er wandte sich dagegen, dem russischen Beispiel zu folgen und erklärte, die Revolution „hätte die Niederlage unseres Landes bedeutet, würde unabsehbares Elend über unser Volk und nicht zuletzt auch über die Arbeiterklasse gebracht haben“.

Die Stellung der USPD-Führung zur Oktoberrevolution

Die Stellung der USPD-Führung zur Oktoberrevolution war in sich widersprüchlich wie ihre gesamte Politik. Die meisten Mitglieder und Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sahen in den revolutionären Ereignissen in Rußland ihre eigene Sache, ein begeisterndes und anspornendes Beispiel. Dem mußte die Parteiführung und mußten die in den Händen der Unabhängigen befindlichen sozialdemokratischen Zeitungen Rechnung tragen. Aber zur selben Zeit waren sie bemüht, die Begeisterung der Massen in ungefährliche Bahnen zu lenken, um eigene revolutionäre Schlußfolgerungen, also jede praktisch ins Gewicht fallende Solidarität mit der Russischen Oktoberrevolution auszuschließen.

Die Theoretiker der USPD-Führung, Kautsky und Bernstein, traten bald in einem zügellosen Verleumdungsfeldzug gegen die junge Sowjetrepublik hervor, dem die Presse der USPD bereitwillig ihre Spalten öffnete. Zu einem der Hauptangriffspunkte gegen die Bolschewiki wählten Kautsky und Bernstein die Auflösung der Konstituante. Sodann hetzten sie gegen die junge Sowjetmacht.

Spartakusgruppe und Oktoberrevolution

Von der Spartakusgruppe und den Bremer Linksradikalen wurde die Oktoberrevolution als das für die internationale Arbeiterbewegung bedeutendste Ereignis begeistert begrüßt. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg bekundeten in Briefen aus dem Kerker ihre Bewunderung

für die russischen Arbeiter und die Bolschewiki. In Freiheit befindliche Führer der Spartakusgruppe wie Franz Mehring und Clara Zetkin nahmen in der Presse der Spartakusgruppe und der USPD die Verteidigung der Oktoberrevolution gegen ihre Verleumder auf. Eine der Hauptlügen aller Fraktionen des Antikommunismus besagt: Rosa Luxemburg stand in der Frage der Oktoberrevolution gegen Lenin. Was ist die Wahrheit?

Was die Oktoberrevolution betrifft, so war Rosa Luxemburg damals in „militärischer Schutzhaft“, isoliert von allen direkten Nachrichten ihrer Genossen, allein angewiesen auf die bürgerliche Presse. Hier im Gefängnis sind jene Aufzeichnungen entstanden, die seit ihrer Veröffentlichung Ende 1921 dazu herhalten müssen, einen Gegensatz Rosa Luxemburgs zum Vorgehen der russischen Revolution zu behaupten. Zunächst sollte man wohl darauf verweisen, daß Rosa Luxemburg selbst in diesen Aufzeichnungen in der Oktoberrevolution „eine weltgeschichtliche Tat“ sah, „deren Spur in Äonen nicht untergehen wird“. Sie sagte, allein die Bolschewiki hätten jene Aktionsfähigkeit besessen, die den Sozialisten in den westeuropäischen Ländern fehlte.

Diejenigen, die einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Rosa Luxemburg und Lenin konstruierten und das in unendlichen Variationen wiederholten, sind mit akrobatischem Geschick der Frage aus dem Weg gegangen, wie denn Rosa Luxemburg selbst gehandelt hat, als sie während der deutschen Revolution sich vor ähnliche Aufgaben gestellt sah wie Lenin in Rußland. Bekanntlich hatte sie in ihren Aufzeichnungen im Gefängnis die Auflösung der Konstituierenden Versammlung durch die Sowjetregierung nach der Oktoberrevolution kritisiert. In den Wochen der deutschen Revolution schreibt sie zu diesem Thema: „Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewußt oder unbewußt auf das Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück; er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums. Unter dem Feldgeschrei: Demokratie oder Diktatur! wird der Kampf um die Nationalversammlung geführt. Auch diese Parole der gegenrevolutionären Demagogie übernehmen gehorsam sozialistische Führer, ohne zu merken, daß die Alternative eine demagogische Fälschung ist. Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: Bürgerliche oder sozialistische Demokratie. Denn die Diktatur des Proletariats, das ist die Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats... das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse – im Sinne und durch den Willen der revolutionären Mehrheit des Proletariats, also im Geiste sozialistischer Demokratie.“

Ein anderer Versuch, Rosa Luxemburg in den Dienst des Antikommunismus zu stellen, ist auch in solchen Äußerungen zu finden, die Rosa Luxemburg eine andere Vorstellung über sozialistische Demokratie andichten, als sie in den sozialistischen Ländern verwirklicht wird.

Was Rosa Luxemburg über sozialistische Demokratie dachte und was sie als eine fundamentale Alternative zur bürgerlichen Demokratie auffaßte, das wurde eben schon zitiert. Rosa Luxemburg wußte sehr gut und sie hat in zahlreichen ihrer Schriften und Aufsätze darüber geschrieben und es schließlich auch am eigenen Leibe erfahren, wie be-

**Die Haltung
Rosa Luxemburgs**

**Kein prinzipieller Gegen-
satz zwischen Rosa Lu-
xemburg und Lenin**

**Rosa Luxemburg über
sozialistische Demokratie**

grenzt die Demokratie in einer kapitalistischen Gesellschaft für die arbeitenden Massen ist, wie sie stets eingeschränkt, deformiert, verkrüppelt wird durch die realen ökonomischen und politischen Herrschafts- und Machtverhältnisse, durch die Macht und die Privilegien des großen Kapitals. Sie wußte, daß nur durch die Überwindung dieser in den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen begründeten gesellschaftlichen Verhältnisse die Arbeiterklasse zu realer Demokratie, zur tatsächlichen Mitbestimmung und Selbstbestimmung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, vor allem auch in den Produktionsbetrieben gelangen kann.

Ebenso klar war ihr, und das lehrte sie in der zugespitzten Form die Novemberrevolution 1918, daß eine siegreiche Arbeiterklasse die Gewalt der Konterrevolution mit aller Macht würde abzuwehren haben; daß sie, bei Strafe des Untergangs, das Werk der Revolution vor ihren zu jeder Gewalttat bereiten Feinden zu schützen haben würde. Am 18. November 1918 schreibt sie über die Machtfrage in der deutschen Revolution: „Die Abschaffung der Kapitalherrschaft, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung: dies und nichts Geringeres ist das geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution... Aus dem Ziel der Revolution ergibt sich klar ihr Weg, aus der Aufgabe ergibt sich die Methode. Die ganze Macht in die Hände der arbeitenden Masse, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte, Sicherung des Revolutionswerks vor ihren lauernenden Feinden: dies ist die Richtlinie für alle Maßnahmen der revolutionären Regierung.“

Es kann nicht der geringste Zweifel daran bestehen, daß sie – wie die kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern heute – bereit war, die Revolution, die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die Freiheit der Kinder des arbeitenden Volkes, ihre Fähigkeiten und Talente zu entwickeln, die Sicherheit der Arbeitsplätze gegen alle gegenrevolutionären Angriffe zu verteidigen.

3. Warum ist die Gründung der KPD ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung?

Die Wochen seit dem Beginn der Novemberrevolution hatten den deutschen Linken eindeutig den Mangel gezeigt, der darin bestand, daß sie sich zwar vor und während des Krieges ideologisch und politisch, nicht jedoch organisatorisch vom Opportunismus abgegrenzt hatten. Die Spartakusgruppe, die sich am Beginn der Revolution zum Spartakusbund formierte, erwies sich ebenso wie einige andere linke Gruppierungen – trotz des großen Ansehens ihrer Führer, wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – organisatorisch als zu schwach, um die revolutionären Massen zu führen. Umgekehrt erwies sich der funktionierende Parteiapparat der SPD – trotz aller negativer Erfahrungen der Massen mit deren Führern während des Krieges – als wirkungsvolles Instrument, um Arbeitermassen zu verwirren, sie zu desorientieren und den weiteren Vormarsch der Revolution zu behindern.

In der Stunde der Entscheidung fehlte der deutschen Arbeiterklasse eine selbständige, mit der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus

ausgerüstete und einheitlich handelnde Kampfpartei, die für den Sieg der Revolution erforderlich war. In der russischen Revolution hatte die Existenz eben einer solchen Partei unter Führung Lenins den Sieg der Arbeiter und Bauern gesichert.

Mit der Einberufung des Gründungsparteitags durch den Spartakusbund zogen die deutschen Linken die notwendigen Schlußfolgerungen aus den eigenen und den internationalen Erfahrungen der revolutionären Marxisten. Die Schaffung der Partei war die wichtigste Schlußfolgerung aus dem Verlauf der Revolution. Sie kam zu spät, um die Weiterführung der Novemberrevolution zur sozialistischen Umwälzung noch zu ermöglichen, schuf jedoch die entscheidenden Voraussetzungen für erfolgreichere spätere Kämpfe. „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner“, erklärte Rosa Luxemburg in ihrer Programmrede unter dem Beifall der Delegierten des Gründungsparteitags.

Worin zeigt sich, daß diese Feststellung Rosa Luxemburgs berechtigt war?

- Mit der KPD (Spartakusbund) hatte die deutsche Arbeiterklasse nach Jahren der Spaltung und Entwaffnung durch den Opportunismus wieder eine Partei, die sich – entsprechend den Lehren von Marx und Engels – als eine allen Parteien des Kapitals entgegenstehende, selbständige Klassenpartei verstand, den Marxismus zur Richtschnur ihres Handelns machte und für ein sozialistisches Deutschland kämpfte.
- Die Gründung der KPD war eine Abgrenzung gegen alle Formen des Opportunismus. Neben den Führern der SPD, die 1914 die Positionen des deutschen Imperialismus und Militarismus übernahmen, waren es die „Sozialpazifisten“, die den Krieg ablehnten, aber zugleich die Arbeiterklasse daran hinderten, revolutionäre Massenaaktionen gegen den Krieg einzuleiten. Bei Ausbruch der Novemberrevolution behinderten diese „Zentristen“ – meist als Führer der USPD – die Klärung der Fronten in der Arbeiterbewegung und halfen so mit, den Einfluß der offenen Rechten zu erhalten. Karl Liebknecht begründete auf dem Parteitag die Notwendigkeit, sich auch von diesen Kräften klar abzugrenzen, als Voraussetzung dafür, die Arbeiterklasse für die revolutionäre Politik zu gewinnen. Die Geschichte bestätigte eindrucksvoll die Richtigkeit dieser Entscheidung. Mit der Gründung der KPD beschleunigte sich der Klärungsprozeß bei den revolutionären Arbeitern, die zum Anhang der USPD gehörten. Deren Mehrheit vereinigte sich 1920 auf der Basis der revolutionären Positionen der Kommunisten mit der KPD. Im Zuge dieser Vereinigung wurden Genossen wie Ernst Thälmann Mitglieder der KPD.
- In den Reden und Beschlüssen des Gründungsparteitags, im Programm der Partei bezieht die KPD eine klare Position zur Notwendigkeit der politischen Macht der Arbeiterklasse. Damals redeten Kautsky und andere sozialdemokratische Theoretiker von der „reinen Demokratie“. Diese Erfindung benutzten sie, um die Arbeiter- und Bauern-Macht Rußlands als undemokratisch zu verleumden. Sie selbst aber drängten auf eine rasche Einberufung der Nationalversammlung, auf eine rasche Beendigung der Revolution. Praktisch bedeutete dies, möglichst viel von den alten Besitz- und Machtverhältnissen aufrechtzuerhalten.

Die Bedeutung der Gründung der KPD

Die KPD als selbständige Klassenpartei der Arbeiterklasse

Abgrenzung gegen alle Formen des Opportunismus

Klare Haltung zur Notwendigkeit der politischen Macht der Arbeiterklasse

- Mit der KPD erhält die deutsche Arbeiterklasse wieder eine Partei, die fest auf den Positionen des proletarischen Internationalismus steht. Feste Klassensolidarität verbindet sie mit Sowjetrußland, dem ersten Arbeiter- und Bauern-Staat in der Welt. Der Vertreter der KP Rußlands, Karl Radek, wurde auf dem Parteitag stürmisch begrüßt. Die Solidarität der deutschen Kommunisten mit der russischen Revolution kehrte in den Reden aller Delegierten wieder. In ihrer Rede zum Parteiprogramm wandte sich Rosa Luxemburg mit aller Schärfe gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Verleumder der Sowjetmacht und wiederholte ihr Bekenntnis zu den Bolschewiki: „Wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: Wo habt ihr das ABC der heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt ihr's geholt... Die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat.“

Während die sozialdemokratischen Führer und die bürgerlichen Parteien in ihrem Bestreben, die Revolution niederzuwerfen, ihre Hoffnungen auf die Zusammenarbeit mit den imperialistischen Siegermächten setzten und sich deren Forderungen unterordneten, sieht die junge KPD im gemeinsamen Kampf der Arbeiter aller Länder um den Sozialismus die beste Voraussetzung für die Schaffung eines wirklichen Friedens und die Berücksichtigung der nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Die Gründung der KPD war ein Ereignis von historischer Bedeutung nicht nur für die deutsche, sondern auch für die internationale Arbeiterbewegung. Die Gründung der KPD und ihr Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus war ein entscheidender Faktor zur Wiederherstellung der durch den Verrat der rechten Führer der Sozialdemokratie zusammengebrochenen internationalen Vereinigung der Arbeiterklasse. Die KPD war die erste große kommunistische Partei in einem der bedeutendsten Länder der Welt. Deshalb ermöglichte es gerade die Gründung der KPD, den langjährigen Kampf Lenins um die internationale Vereinigung der revolutionären Arbeiterklasse durch die Gründung der Kommunistischen Internationale zu krönen. Lenin konnte feststellen: „Als der ‚Spartakusbund‘ den Namen ‚Kommunistische Partei Deutschlands‘ annahm, da war die Gründung einer wahrhaft proletarischen, wahrhaft internationalistischen, wahrhaft revolutionären Dritten Internationale, der Kommunistischen Internationale, Tatsache geworden.“ Die Kommunistische Internationale (Komintern) gründete sich Anfang März 1919 in Moskau. Am Gründungskongreß nahmen Delegierte von kommunistischen Parteien und Gruppen aus etwa 30 Ländern Europas, Asiens und Amerikas teil. Die junge KPD nahm an dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale teil und zog so die Schlußfolgerung aus der Lehre der Novemberrevolution, daß der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten nur durch ein enges internationalistisches Bündnis mit der internationalen Arbeiterklasse, mit allen unterdrückten und kolonial abhängigen Ländern und Völkern, vor allem aber mit der Sowjetunion siegreich sein kann.

In all diesen anstehenden Hauptfragen:

- eigenständige Klassenpartei,
- wissenschaftlicher Sozialismus als Richtschnur,

- Weiterführung der Revolution zur politischen Macht der Arbeiterklasse,
 - Haltung zum proletarischen Internationalismus
- erweisen sich die Delegierten des Gründungsparteitags auf der Höhe ihrer Aufgaben, als treue Marxisten und Kämpfer der Arbeiterklasse. Gerade in diesen Beschlüssen zeigt sich die geschichtliche Bedeutung der Gründung der KPD als Wendepunkt der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Zugleich zeigte sich auf dem Gründungsparteitag auch, daß die Bildung der KPD am Anfang einer Entwicklung stand und nicht frei war von Kinderkrankheiten. Die erbitterte Ablehnung des Verrats rechter SPD-Führer, bittere Erfahrungen mit dem Mißbrauch ihrer Führungspositionen und ihrer Parlamentspraxis führten die übrigens oft noch recht jungen Delegierten auch dazu, daß in einigen taktischen Fragen, aus revolutionärer Ungeduld, falsche Beschlüsse gefaßt wurden.

So lehnte die Mehrheit der Delegierten, entgegen dem Vorschlag der Zentrale des Spartakusbundes, die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab. Empört über das Verhalten der SPD-Fraktion während des Krieges, lehnte sie die Mitwirkung in einem bürgerlichen Parlament völlig ab, ohne die Möglichkeit und Notwendigkeit zu erkennen, angesichts des stark parlamentarisch geprägten Bewußtseins der Massen, auch die Tribüne der Nationalversammlung zur Massenmobilisierung zu nutzen. Zugleich überschätzten sie die Kräfte der revolutionären Bewegung, die Möglichkeit, die Nationalversammlung durch die Errichtung der Rätemacht zu verhindern.

Auch in der Haltung zu den Gewerkschaften gab es große Unklarheiten. Die Führung der Freien Gewerkschaften hatte 1914, noch vor der SPD-Fraktion, die Kriegspolitik unterstützt und für die Dauer des Krieges den Burgfrieden verkündet. Schon vor der Novemberrevolution leiteten sie den Burgfrieden in eine Arbeitsgemeinschaftspolitik mit dem Großkapital über. Die Gewerkschaftsführung wandte sich in der Revolution sogar gegen die entstehenden Betriebsräte. Das alles führte dazu, daß unter den revolutionären Arbeitern eine Strömung entstand, die aus der Gewerkschaft austreten wollte beziehungsweise die Gewerkschaften angesichts der sich bildenden Betriebsräte und der angestrebten Rätemacht für überflüssig hielten. Der Parteitag faßte zu dieser Frage keinen formalen Beschluß, doch blieben viele Unklarheiten.

Auch in der Organisationsfrage gab es, wegen der Ablehnung des Mißbrauchs der Parteidisziplin durch die rechten SPD-Führer bei Kriegsbeginn - die Mehrheit der Reichstagsfraktion verlangte zum Beispiel im Namen der Parteidisziplin auch von den Abgeordneten, die in der Fraktion dagegen auftraten, die Zustimmung zu den Kriegskrediten -, falsche, an den Anarchosyndikalismus anknüpfende Vorstellungen über den Aufbau der Partei. So wurden Vorstellungen diskutiert über einen föderativen Aufbau der Partei, bei der die Parteigruppen selbständig ihre Entscheidungen treffen sollten, die Zentrale mehr koordinierende Aufgaben lösen sollte. Zudem vertrat eine Reihe Delegierter, vor allem aus den Kreisen der IKD, die Auffassung, man brauche keine Trennung mehr zwischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, es gehe um die Schaffung einer Einheitsorganisation der Klasse. Alle diese Vorstellungen entsprachen nicht den objektiven Erfordernissen

Bildung der KPD nicht frei von Kinderkrankheiten

Haltung zu Wahlen

Stellung zu den Gewerkschaften

Organisationsfrage noch nicht klar

des Kampfes der Arbeiterklasse gegen einen starken, hochzentralisierten Gegner.

Diese fehlerhaften Vorstellungen, vor allem die Ablehnung der Wahlbeteiligung, erschwerte vielen revolutionären Arbeitern die Trennung von der USPD und den Übergang zur KPD. Die KPD korrigierte diese Fehlentscheidung nach harten innerparteilichen Auseinandersetzungen – zum Teil in der Illegalität – auf ihren folgenden Parteitag. Schon der zweite Parteitag beschloß die Teilnahme an zukünftigen Wahlen. Bei der Korrektur der Fehler leistete die 1919 gebildete Kommunistische Internationale und besonders Lenin der deutschen Partei große Hilfe. Von besonderer Bedeutung war dabei Lenins Werk: „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, in dem Lenin 1920 der internationalen kommunistischen Bewegung erste allgemeingültige Erfahrungen der Oktoberrevolution und der Strategie und Taktik der bolschewistischen Partei übermittelte. Die Ausarbeitung einer richtigen Strategie und Taktik für den Kampf der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte in der Zeit der Weimarer Republik war für die Kommunistische Partei Deutschlands nach dem Ausgang der Novemberrevolution und der Januarkämpfe 1919 besonders kompliziert, weil das Monopolkapital und der Militarismus ihren Einfluß nicht verloren hatten und weil es zugleich der rechten sozialdemokratischen Führung gelungen war, in großen Teilen der Arbeiterklasse bürgerlich-demokratische Illusionen zu erzeugen. Es bedurfte vieler Erfahrungen und langer theoretischer und praktischer Arbeit, um die Theorie von Marx, Engels und Lenin auf die besonderen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland schöpferisch anzuwenden und Massen der Arbeiter und auch werktätigen Bauern für den Kampf um demokratische und soziale Forderungen und für den Sozialismus zu gewinnen.

Begriffserklärungen:

Anarchosyndikalismus: Um 1900 besonders in Frankreich und Italien sich herausbildende Vereinigung des Anarchismus mit der Gewerkschaftsbewegung. Der Anarchosyndikalismus forderte die völlige Autonomie der Berufsorganisationen der Arbeiterklasse gegenüber deren politischer Partei. Der Anarchosyndikalismus betrachtete die Gewerkschaft als die Urzelle der neuen Wirtschaftsgemeinschaft sowie des Staates. Er lehnte den Kampf um Reformen sowie die parlamentarische Arbeit ab und forderte die „direkte Aktion“, die jeden Proletarier zum unmittelbaren Kampf gegen Unternehmer und Staat heranziehen sollte.

Arbeitsgemeinschaftsabkommen: Am 15. November 1918 zwischen rechten sozialdemokratischen und bürgerlichen Gewerkschaftsführern einerseits und führenden Monopolisten der Kohle-, Eisen- und Elektrochemie-Gruppe des Monopolkapitals andererseits abgeschlossenes Abkommen. Die Monopolisten verpflichteten sich, die Gewerkschaften, das Koalitionsrecht, die Einführung von Tarifverträgen und des Achtstundentages anzuerkennen. Das Arbeitsgemeinschaftsabkommen war Teil der von rechten Gewerkschaftsführern und SPD-Führern betriebenen Politik des Klassenfriedens, der Zusammenarbeit mit Teilen der Monopolbourgeoisie in der Novemberrevolution zur Erhaltung des kapitalistischen Systems.

Bremer Linksradikale: Gruppe revolutionärer Sozialdemokraten in Bremen während des ersten Weltkrieges, die unter der Führung Johann Kniefs aus der linken Strömung im Sozialdemokratischen Verein hervorgingen. Die Bremer Linksradikalen stützten sich vor allem auf die Arbeiter der Weser-Werft und anderer Großbetriebe. Um sich eindeutig von den Zentristen abzugrenzen, die in der Vorkriegssozialdemokratie als „radikal“ angesehen wurden und dadurch zur Desorientierung der Parteimitglieder beitrugen, bezeichnete sich die Gruppe als „linksradikal“. Seit November 1918 nannten sich die Bremer Linksradikalen Internationale Kommunisten Deutschlands. Am 24. Dezember 1918 beschlossen die Internationalen Kommunisten Deutschlands, sich mit dem Spartakusbund zu vereinigen. Die Vereinigung erfolgte auf dem Gründungsparteitag der KPD in Berlin.

II. Internationale: Gegründet am 14. Juli 1889 als Zusammenschluß sozialdemokratischer Parteien auf marxistischer Grundlage. Auf internationalen Sozialistenkongressen wurden für die Mitgliedsparteien verbindliche Beschlüsse beraten und beschlossen. Da opportunistische Auffassungen in der II. Internationale nicht konsequent bekämpft wurden, konnte sich der Opportunismus immer mehr ausbreiten. Mit Beginn des ersten Weltkrieges brach die II. Internationale praktisch zusammen.

Militarismus: Reaktionäres politisches System herrschender Ausbeuterklassen zur Unterdrückung der Volksmassen des eigenen Landes und zur Verwirklichung ihrer Eroberungspolitik. Diese Ziele suchen die Ausbeuterklassen vorwiegend oder ausschließlich durch Androhung oder Anwendung militärischer Mittel zu erreichen. Die wichtig-

ste Machtgrundlage des militaristischen Systems sind die bewaffneten Kräfte des Staatsapparates der herrschenden Klasse, die nach Zahl und Ausrüstung zu extremer Stärke entwickelt werden.

Obleute, revolutionäre: Im Munitionsarbeiterstreik 1918 entstandenes Führungsorgan der Berliner Arbeiter, in den Betrieben gewählt. Der Zusammenschluß hat sich nach dem Munitionsarbeiterstreik erhalten und spielte in der Novemberrevolution eine große Rolle. Die Mehrzahl der Mitglieder gehörte der USPD an.

Revisionismus: Antimarxistische Strömung in der internationalen Arbeiterbewegung, die sich beim Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus zur theoretischen und politischen Begründung des Opportunismus herausbildete. Der Revisionismus fordert eine Korrektur und Überprüfung der theoretischen und politischen Grundlagen des Marxismus mit dem Ziel, den revolutionären Inhalt des Marxismus zu beseitigen und durch bürgerliche Theorien zu ersetzen. Das Wachstum des Marxismus, die Verbreitung der marxistischen Ideen zwangen die Gegner des Sozialismus, vom Boden des Marxismus die marxistischen Ideen zu bekämpfen. Der geistige Vater des Revisionismus ist Eduard Bernstein.

Weitere Erklärungen zu Begriffen wie Imperialismus oder Opportunismus siehe Thema 1 des Bildungsjahres: „Warum beschäftigen wir uns mit der Geschichte der kommunistischen Bewegung?“

Chronik

4. August 1914: Kriegskreditbewilligung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
5. März 1915: Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ (später Spartakusgruppe genannt).
- 6.–8. April 1917: Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in Gotha.
- April 1917: Anschluß der Spartakusgruppe an die USPD unter Wahrung ihrer politisch-ideologischen und organisatorischen Selbständigkeit.
28. Januar –
4. Februar 1918: Munitionsarbeiterstreik.
3. Oktober 1918: Eintritt zweier führender Sozialdemokraten in die kaiserliche Reichsregierung.
7. Oktober 1918: Reichskonferenz der Spartakusgruppe mit Vertretern der Linksradikalen in Berlin.
3. November 1918: Ausbruch der Novemberrevolution durch bewaffneten Aufstand der Matrosen in Kiel.
9. November 1918: Generalstreik und bewaffnete Demonstration in Berlin.
11. November 1918: Bildung der Zentrale des Spartakusbundes.
14. Dezember 1918: Das von Rosa Luxemburg verfaßte Programm des Spartakusbundes: „Was will der Spartakusbund?“ wird in der „Roten Fahne“ veröffentlicht.
15. Dezember 1918: Generalversammlung der USPD Großberlins spricht sich mit 485 gegen 195 Stimmen für Wahlen zur Nationalversammlung aus.
30. Dezember 1918 –
1. Januar 1919: Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands.
- 4.–13. Januar 1919: Januarkämpfe in Berlin.
10. Januar–
4. Februar 1919: Räterepublik in Bremen.
15. Januar 1919: Verhaftung und Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch konterrevolutionäre Truppen.
19. Januar 1919: Wahlen zur Nationalversammlung.
- 3.–12. März 1919: Generalstreik und bewaffnete Kämpfe in Berlin.
13. April –
3. Mai 1919: Räterepublik in Bayern.
- 14./15. Juni 1919: Illegale Reichskonferenz der KPD in Berlin. Die Teilnehmer beschließen die Satzung der KPD.

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpentstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz
Telefon (0 61 31) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 31 15 13

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68